

www.arge-ja.at

# Neue Argumente

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

**30 Jahre  
NEIN zu  
Zwentendorf:  
30 Jahre klug  
voraus gedacht!**

**KUNDGEBUNG**

**am 5. November  
um 17h  
Wien, Stephansplatz**

*Näheres siehe Rückseite!*

## In dieser Ausgabe:

- **Wie lange noch leistbares Öl?**  
*Zusammenfassung eines Interviews  
mit IEA-Chefökonom Fatih Birol* Seite 1
- **Der Widerstand muß wieder  
konkret werden** Seite 2
- **"Peak Oil ist jetzt"** *Eine  
Feststellung der Energy Watch  
Group* Seite 4
- **Keine Zukunft Europas mit  
dem Euro. Bericht über einen  
Vortrag des Währungsspezialisten  
Wilhelm Hankel in Wien** Seite 5
- **Einreichung der Verfassungs-  
klage gegen den EU-Vertrag** Seite 6
- **Veranstaltungen** Seite 7+8

## Wie lange noch leistbares Öl?

**Rund 35 Prozent des Primärenergieverbrauchs  
der Welt werden von Erdöl gedeckt. Erstmals hat auch eine der  
Ölindustrie nahestehende Institution, die internationale  
Energieagentur IEA, vor Förderengpässen und eskalierenden  
Preisen gewarnt.**

Nach dem Rekordhoch im Sommer sind die Ölpreise wieder stark gesunken. Doch alles spricht dafür, daß das nicht so bleibt. Die internationale Energieagentur IEA hat erstmals im vergangenen November in ihrer Publikation "World Energy Outlook" vor einem Einbruch der Ölförderung und weltweiten Versorgungskrisen gewarnt. Dies ist um so bemerkenswerter, als lange Zeit der Erdölindustrie nahestehende Institutionen immer versucht haben, die Sorge vor einem "Peak oil" als unbegründet oder gar lächerlich abzutun. Im April dieses Jahres hat der Chefökonom der IEA, Fatih Birol, ein aufsehenerregendes Interview gegeben, das unter dem Titel "Die Sirenen schrillen" in der Zeitschrift "Internationale Politik" erschienen ist. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen aus dem Interview.

In den nächsten 7 Jahren kann es zu einem Einbruch der Ölförderung und eskalierenden Preisen kommen, dafür sind drei Gründe ausschlaggebend:

1. Die stark wachsende Nachfrage, hauptsächlich aus China, Indien und den Staaten des mittleren Ostens,

die Rückgänge durch wachsende Energieeffizienz in den westlichen Ländern bei weitem übersteigt.

2. Ein steiles Absinken der Fördermengen aus den existierenden Ölfeldern, insbesondere der Nordsee, den USA und zahlreichen nicht-OPEC-Ländern.

3. Unzureichende Projekte für neue Förderkapazitäten. Die hoffnungsvollsten Projekte für neue Förderkapazitäten liegen in den ölreichen Staaten des mittleren Ostens, es ist allerdings gar nicht sicher, daß diese Länder diese Projekte auch entsprechend energisch betreiben werden, da sie an einer Erhöhung der Fördermenge gar nicht interessiert sein könnten, sondern lieber die Preise hochhalten wollen. Doch selbst wenn alle bereits finanzierten Projekte in den nächsten Jahren umgesetzt würden, wäre die Gesamtkapazität an neuer Ölförderung zu gering.

Dadurch ist ein Rückgang der Ölförderung um die 4% pro Jahr zu erwarten, während die Nachfrage weiterhin steigen wird. "Genau 12,5 Millionen Barrel pro Tag fehlen noch



immer, rund 15% des Weltölbedarfs. Diese Lücke bedeutet, daß wir in den nächsten Jahren ein Lieferklemme und sehr hohe Preise erleben könnten." Dazu kommt noch, daß die Reserven im mittleren Osten, insbesondere Saudi Arabiens, wegen nicht transparenter Daten wahrscheinlich sehr falsch eingeschätzt wurden - vielleicht bis um 50% zu hoch!

60% der Weltölreserven lagern in Ländern, die dem Westen gegenüber nicht unbedingt freundlich eingestellt sind, Rußland, Iran, Irak, Venezuela, ...oder zumindest sehr zurückhaltend sind, wie Saudi Arabien.

"Die Schlußfolgerung lautet, daß wir darauf gefaßt sein sollten, in den nächsten Jahren äußerst enge, turbulente und hochpreisige Ölmärkte zu

sehen...." Das wird schwer für die westlichen Volkswirtschaften sein, am schlimmsten aber wird dies die armen Länder treffen, die heute schon einen großen Teil ihres Einkommens für Erdölimporte verwenden müssen. "Es wird darum gehen, wer sich X-Dollar pro Barrel leisten kann, und wer nicht. Die einen werden diejenigen sein, die das können, die anderen eben nicht."

Fortsetzung nächste Seite →

## Der Widerstand muß wieder konkret werden

2

Unlängst habe ich einen Artikel der indischen Friedensaktivistin **Arundhati Roy** gelesen, in dem sie die Frage stellt, warum so viele idealistische Protestaktionen heute so erfolglos verlaufen. 15 Millionen Menschen sind vor 5 Jahren auf die Straße gegangen, um gegen den Irakkrieg zu protestieren, könnte man sich eine eindrucksvollere Geste des Willens zu Frieden und Gewaltlosigkeit vorstellen? Und doch war es letztlich erfolglos. Warum? Weil es - so Roy - nur eine symbolische Geste war. **Die modernen Regierungen hätten gelernt, sich mit solchen Dingen zu arrangieren, sie wüßten, daß man solche Dinge einfach aussetzen muß, bis das Thema in Medien wieder von der Titelseite verschwunden ist, oder die öffentliche Meinung ausreichend manipuliert ist.**

Als wirksames Gegenbeispiel bringt Roy den Salzmarsch, zu dem Ghandi in Indien 1930 aufgerufen hat. Dieser Marsch - die Inder wanderten aus Protest gegen die Salzsteuer zum Meer, um ihr eigenes Salz zu gewinnen - war mehr als ein symbolischer Wochenendmarsch, sondern "traf die Kolonialmacht mitten ins Herz". Die Parole lautete **"Kauft keine britischen Produkte. Stellt euer eigenes Garn her. Stellt euer eigenes Salz her."** Heute hingegen ist der gewaltfreie Widerstand zu symbolischen Akten verkommen, welcher der Macht überhaupt nicht

wehtut und deshalb so wirkungslos ist.

30 Jahre nach Zwentendorf kommen enorme Herausforderungen auf uns zu. Der Klimawandel einerseits, die Verknappung der fossilen Rohstoffe andererseits, machen einen raschen Wandel unserer Energieversorgung notwendig. Die nachhaltigste Lösung in dem großen Problembereich Individualverkehr ist das Elektroauto. Aber mit welchem Strom wird das Auto unterwegs sein, und wie wird der zusätzliche Strombedarf bereitgestellt werden? Die Atomlobby wird hier alles unternehmen, um diese Frage in ihrem Sinn zu entscheiden. Ihrer Macht steht nur die Macht der Vernunft gegenüber, die weiß, daß die erneuerbaren Energien bei weitem ausreichen, um den Weltbedarf zu decken, und daß sie bei Einrechnung aller Kosten auch die günstigste Lösung sind.

Diese Vernunft wird sich nur dann durchsetzen können, wenn jeder einzelne bei sich selbst anfängt, den **Widerstand gegen die "Kolonialisierung durch das Erdöl"** im eigenen Lebensbereich zu verwirklichen: Möglichst wenig Autofahren, Umstieg auf öffentlichen Verkehr, Verzicht auf Flugreisen, Kauf von regional erzeugten biologischen Produkten, etc.. Ein ganz wesentlicher Schritt, der jedem offensteht, aber viel zu wenige Österreicher getan haben, ist der Bezug von Öko-

strom im eigenen Haushalt. Wenn statt ein paar Promille der Österreicher ein paar Prozent ihren atomstromhandelnden und fossilenergie-reichen Energieversorgern so die rote Karte zeigen würden, würden die Alarmglocken dort derart schrillen, daß keiner sich mehr trauen würde, noch schmutzigen Strom anzubieten, oder neue Gaskraftwerke und Atomstromautobahnen (neue 380 KV-Leitung!) zu planen.

Wer noch mit fossilen Rohstoffen heizt, für den ist ein Umstieg auf eine Biomasseheizung/-Ofen schon aus finanziellen Gründen empfehlenswert. Für Menschen, die etwas Geld auf der Bank haben, ist es überlegenswert, ob sie dieses Geld, statt in dem großen weltweiten Finanzcasino mit dem Totalverlust bedroht zu sein, nicht lieber in eine eigene Stromproduktion investieren (oder eine entsprechende Beteiligung). Saubere elektrische Energie ist DAS knappe Gut der Zukunft, eine sicherere Anlage ist kaum vorstellbar.

Was für Ghandi das Salz war, das EIGENE Salz statt dem Salz der Machthaber, das ist heute für uns saubere, mit unseren eigenen Rohstoffen - Sonne, Wasser, Wind, Biomasse - erzeugte Energie. Viel Erfolg und Freude bei Ihrer ‚Salzvermehrung‘ wünscht Ihnen Ihre

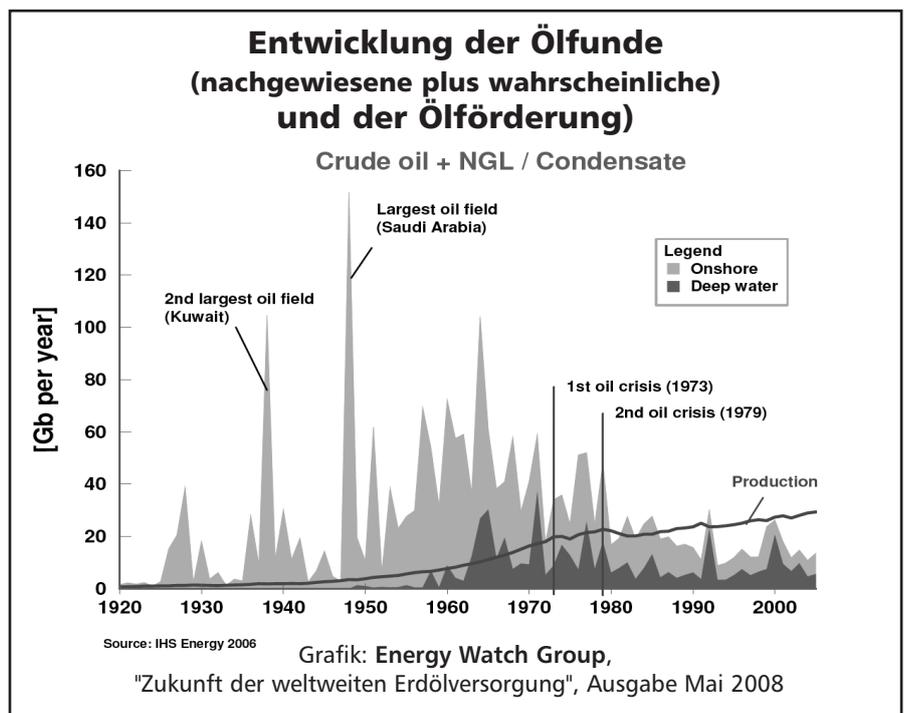
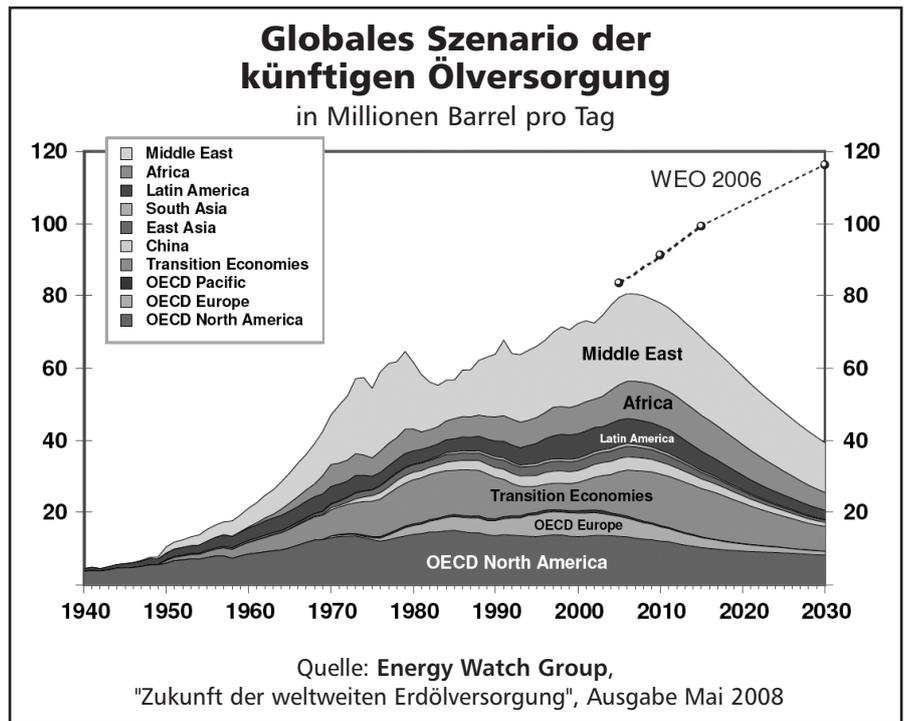
Christiane Schmutterer



Auf die Gefahr von kriegerischen Konflikten angesprochen, sagt Birol: "In meinem professionellen Mandat spreche ich nicht viel über Krieg und ähnliches. Aber was ich Ihnen sagen kann ist, daß Energiefragen und Geopolitik zu sehr miteinander verwoben werden. Die Energieversorgung wird weniger und weniger ein Geschäft und mehr und mehr zu einem Geschäft plus Geopolitik. Das ist keine gute Nachricht."

Um einen Ausweg aus der Versorgungskrise und Klimawandel zu schaffen, bedarf es nach Ansicht Birols einer drastischen Steigerung der Energieeffizienz, die Verwendung alternativer Treibstoffe, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Verwendung der CO<sub>2</sub>-Abscheidung bei Kohlekraftwerken (*Anm. der Redaktion: diese ist bei Experten sehr umstritten wegen ihrer hohen Kosten und ungeklärten Risiken*) Das Potential der Atomkraft sieht Birol nur sehr begrenzt, da man für eine nennenswerte CO<sub>2</sub>-Einsparung weltweit 30 Atomkraftwerke pro Jahr bauen müsse, was fast unmöglich sei. Auch sollten Atomkraftwerke nicht gegen den Willen der Menschen in deren Umgebung gebaut werden.

*Das Interview mit Fatih Birol ist im April in der Zeitung "Internationale Politik" unter dem Titel »Die Sirenen schrillen« erschienen.*  
[Link zum Artikel in voller Länge auf www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/aprill/](http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang-2008/aprill/)



## Typisch rückläufige Fördermengen bei der Ausbeutung von Ölförderregionen

"In jeder Ölförderregion werden normalerweise zuerst die großen Felder erschlossen und erst danach die kleineren Felder. Sobald die ersten großen Ölfelder einer Region ihr Fördermaximum überschritten haben, muß eine steigende Anzahl neuer und im Allgemeinen kleinerer Ölfelder erschlossen werden, um den

Rückgang der Fördermenge zu kompensieren. Ab diesem Zeitpunkt wird es immer schwieriger, das Wachstum der Förderrate aufrecht zu erhalten. Ein Wettlauf beginnt, der wie folgt beschrieben werden kann: Mehr und mehr große Ölfelder weisen rückläufige Fördermengen auf. Der entstehende Ausfall muß kom-

pensiert werden, indem immer mehr kleinere Ölfelder für die Förderung erschlossen werden. Aber die kleineren Ölfelder erreichen ihr Fördermaximum wesentlich schneller und tragen danach zum allgemeinen Rückgang der Gesamtfördermenge bei."

Quelle: Energy Watch Group, "Zukunft der weltweiten Erdölversorgung", Ausgabe Mai 2008, S.9



Energy Watch Group:

## "Peak oil" ist jetzt

**Das wichtigste Ergebnis der vorliegenden Analyse ist die Erkenntnis, daß die weltweite Ölförderung im Jahr 2006 ihren Höchststand erreicht hat. Die Ölförderung wird künftig um einige Prozentpunkte jährlich zurückgehen. Bis 2020 und erst recht bis 2030 ist ein dramatischer Rückgang der weltweiten Ölförderung zu erwarten. Dadurch wird eine Versorgungslücke entstehen, die innerhalb dieses Zeitrahmens kaum durch die wachsenden Beiträge anderer fossiler, nuklearer oder alternativer Energiequellen geschlossen werden kann.**

**Die Weltwirtschaft steht am Anfang eines tiefen Strukturwandels. Dieser Wandel wird durch den Rückgang der Versorgung mit fossilen Brennstoffen ausgelöst, und er wird beinahe jeden Aspekt unseres Alltagslebens beeinflussen. Ebenso wird der Klimawandel die Menschheit zwingen, ihre Energieverbrauchsmuster durch eine drastische Reduzierung der Verbrennung von fossilen Brennstoffen zu ändern. Die globale Erwärmung ist ein sehr ernstes Problem. (...) Die jetzt beginnende Übergangsphase besitzt wahrscheinlich ihre eigenen Regeln, die auch nur während dieses Zeitraumes gelten. Es könnten Dinge geschehen, die wir nie zuvor erlebt haben und die wir wahrscheinlich nie wieder erleben werden, wenn diese Übergangsphase abgeschlossen ist.**

**Möglicherweise wird sich unsere Art, mit Energieproblemen umzugehen, grundsätzlich und vollständig ändern müssen.**

Aus: "Zukunft der weltweiten Erdölversorgung", Überarbeitete, deutschsprachige Ausgabe, Mai 2008, [www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/2008-05-21\\_EWG\\_Erdoelstudie\\_D.pdf](http://www.energywatchgroup.org/fileadmin/global/pdf/2008-05-21_EWG_Erdoelstudie_D.pdf)

4

*Wir sollten das Öl verlassen, bevor es uns verläßt.*

IEA-Chefökonom Fatih Birol

## Sauber Strom für zuhause - ja bitte!

Warum ist es auch für Kleinverbraucher so wichtig, auf Ökostrom umzusteigen? Wozu den Stromversorger wechseln, wenn doch deshalb kein anderer Strom aus der Steckdose kommt?

Das Wichtige ist, wohin das Geld fließt, mit dem man den Strom bezahlt. Fließt es in die Kassen eines der großen Energieversorger, die - mit Ausnahme von EVN und BEWAG - weiterhin Atomstrom im Ausland einkaufen und mit diesem handeln, oder fließt es in den Erhalt und Neubau von Kraftwerken erneuer-

barer Energie? Der Erlagschein, mit dem man die Stromrechnung bezahlt, ist wie ein Stimmzettel - nutzen Sie ihn! Lassen Sie sich auch nicht dadurch verwirren, daß auf Ihrer Stromrechnung vielleicht ein Vermerk ist "100% atomstromfrei", da solche Aussagen mitunter durch buchhalterische Tricks zustande kommen. Fast alle österreichischen Stromversorger bieten spezielle Produkte für Haushaltskunden an. Dann kann schmutziger Strom mit einem hohen Atomstromanteil und hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Kohle- und Gaskraftwerken rechnerisch

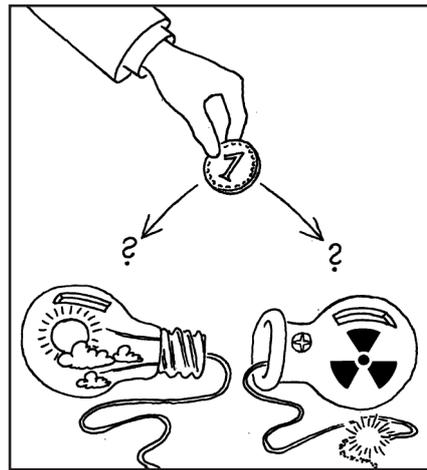
Großkunden zugeteilt werden, und der verbleibende Rest aus erneuerbaren Quellen kann dem gutgläubigen Haushaltskunden als "Grünstrom" verkauft werden. Der gesamte Mix findet sich oft nur im Kleingedruckten.

Die Stromversorger sind zwar zur Stromkennzeichnung verpflichtet, tatsächlich gibt es aber einige Lücken und Schlupflöcher. So muß nur jene Strommenge gekennzeichnet werden, die an den Endkunden geliefert wird, also Kunden, die den Strom auch tatsächlich verbrauchen. Internationale Stromgeschäfte wer-



den hier nicht erfaßt. Stromkunden können daher nicht sicher wissen, ob und in welchem Umfang ihr Stromversorger Atomstrom zukaufft, handelt und damit Gewinne macht. Nach einer Abschätzung von Greenpeace und Global 2000 betrug der Handel von Landesversorgern mit Atomstrom im Jahr 2005 bis zu fast 25% (Salzburg AG). Nur Bewag und EVN verzichteten vollkommen auf Atomstrom. Den höchsten Anteil an Fossilenergie hatte Wienstrom mit 75%. Deshalb ist es so wichtig, einen Stromversorger zu haben, der ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Quellen handelt.

Ökostrom muß nicht mehr kosten als Normalstrom (Anbieter: Alpen-Adria-Energie AG). Nur wer auf ein



besonders hochwertiges Energiemix (Investitionskosten neue Kraftwerke!) wert legt, zahlt mehr. Der Umstieg auf Ökostrom ist ganz einfach: Man schickt das Bestellformular samt der letzten Jahresabrechnung an den

Ökostromanbieter, und alles andere (Kündigung des bestehenden Vertrages... etc) wird von diesem erledigt.

Eine **Tabelle mit dem Strommix aller Landesversorger** finden Sie auf [www.global2000.at/files/Strommixe\\_2005.pdf](http://www.global2000.at/files/Strommixe_2005.pdf)

### Ökostromanbieter:

#### oekostrom AG

Mariahilferstr. 120, 1070 Wien

Tel.: +43/1/961 05 61-0

E-Mail: [office@oekostrom.at](mailto:office@oekostrom.at)

[www.oekostrom.at](http://www.oekostrom.at)

#### Alpen-Adria-Energie AG

9640 Kötschach-Mauthen, Kötschach 66

Tel.: +43/4715/222-52

E-Mail: [office@aae-energy.com](mailto:office@aae-energy.com)

[www.aae-energy.com](http://www.aae-energy.com)

## Keine Zukunft Europas mit dem Euro

5

**Bei einem am 9.10.08 in Wien gehaltenen Vortrag warnte der deutsche Währungsspezialist Prof. Dr. Wilhelm Hankel, daß nach der Erweiterung der Währungsunion auf die osteuropäischen Länder der Euro kollabieren könnte. Nur eine Wiedereinführung nationaler Währungen könne Wohlstand und soziale Sicherheit Bürger sichern.**

Die Bindung zwischen Staat und Währung sei eine Ehe, die niemals hätte getrennt werden dürfen, meint Hankel, da nur eine eigene Währung dem Staat ermögliche, mittels der bewährten Instrumente Wechselkurs und Zins Wohlstand und soziale Sicherheit der Bürger zu schützen. Eine Währungsunion mit Ländern unterschiedlicher Wirtschaftsstärke, wie das bereits bei den EU-15 passiert sei, sei jedenfalls problematisch. Eine geringere Produktivität, oder eine hausgemachte Inflation durch zu hohe Staatsausgaben wurde früher durch eine Abwertung im Wechselkurs ausgeglichen. Heute kann die inflationäre Finanzpolitik eines Staates dem Rücken der EU-Allgemeinheit aufgebürdet werden.

Tatsächlich wären es wenige Staaten, die für die Sünden der EU-Mehrheit zur Kasse gebeten würden,

darunter Deutschland und Österreich. Elf weitere Länder, insbesondere die traditionellen Schwachwährungsländer wie Griechenland, Portugal, Italien, Spanien, Irland und inzwischen auch wieder Frankreich, haben zum Teil wesentlich höhere Inflationsraten, die im Euro-Raum durch die Leistung der anderen ausgeglichen werden. Diese Inflationsdifferenz betrage laut der unabhängigen OECD bis zu 30%.

Die EZB ergreife keine Sanktionen gegen die Haushaltssünder, wie die Vergangenheit gezeigt habe. Hankel: "Es ist ein Skandal, über den sich niemand aufregt: Die braven und stabilen Euro-Länder des früheren DM-Blocks (Deutschland, Österreich, Benelux) finanzieren mit ihren jährlichen Leistungsbilanz-Überschüssen die Defizite der anderen. Es handelt sich um eine in keinem EU-

Haushalt aufscheinende Subvention von jährlich bis zu 250 Milliarden Euro - und das alle Jahre wieder. Kein Wunder, daß die Konjekturen in den Defizitländern bis vor kurzem boomten, während sie im Hauptgeberland Deutschland (aber auch in Österreich) stagnierte". Die Gewinne aus dem Export kämen nur mehr den Firmen selbst zu gute, aber nicht der gesamten Volkswirtschaft, wie früher durch die Vorteile einer harten Währung.

Der Eintritt der defizitären und inflationären osteuropäischen Länder in die Währungsunion könnte schließlich zum Kollaps des Euros führen, er könnte - dramatischer als der US-Dollar - an den internationalen Finanzmärkten absacken. Das würde auch zu großen Spannungen zwischen den europäischen Staaten führen, und damit zum Gegenteil



dessen, wozu das Projekt Euro gestartet wurde. Ein Ausweg sei nur eine Rückkehr zu den nationalen Währungen. Dies sei zwar kostspielig, aber technisch problemlos machbar. Der Euro sei ausschließlich aus politischen Gründen eingeführt worden, wirtschaftlich mache er keinen Sinn, außer für wenige Profiteure wie große Banken. Auch Präsident Václav Klaus aus Tschechien habe sich nun auch gegen eine rasche Teilnahme seines Landes an der Währungsunion ausgesprochen und diese als "Währungssozialismus" abgelehnt.

*Univ.-Prof. Dr. Wilhelm Hankel, \*1929, Professor für Entwicklungs- und Währungspolitik an der Universität Frankfurt, ehemaliger Leiter der Abteilung "Geld und Kredite" im Bundeswirtschaftsministerium, Ex-Präsident der hessischen Landesbank, wirtschaftspolitischer Berater zahlreicher Regierungen. Er war einer der Kläger gegen den Vertrag von Amsterdam zur Einführung des Euros beim deutschen Bundesverfassungsgericht.*

Buch zum Thema:

Wilhelm Hankel: **"Die EURO-Lüge ... und andere volkswirtschaftliche Märchen"**, 247 Seiten, SIGNUM-Verlag, ISBN-10: 3854363923

*Anmerkung der Redaktion: Der Eindruck, daß die Euro-Einführung nur ein Geschenk an die Schwachwährungsländer gewesen sei, ist trügerisch. Die Wirtschaftsdaten mögen gut sein, aber einem großen Teil der Menschen in Südeuropa geht es schlecht, weil die Teuerung den Löhnen davon galoppiert. Am Beispiel der deutsch-deutschen Währungsunion hat man ja gesehen, daß eine nationale schwache Währung auch ein Schutz für die eigenen (weniger produktiven) Betriebe ist: in dem Moment, als sie fiel, wurde ein großer Teil der DDR-Betriebe konkurrenzunfähig. Es gab einen großen Modernisierungsschub durch westliche Investoren, aber was nützt das, wenn der Großteil der Menschen sich die Güter immer weniger leisten kann, und ein großer Teil der Industrie in fremden Besitz übergegangen ist.*

## Einreichung der Verfassungsklage gegen den EU-Vertrag beim österreichischen Verfassungsgerichtshof in Wien

**Am 23. Oktober 2008 wird die Verfassungsklage gegen den EU-Vertrag beim Verfassungsgerichtshof in Wien eingereicht werden.**

Kläger ist ein überparteiliches Personenkomitee, die Klagschrift von 366 Seiten wurde von dem deutschen Verfassungsexperten Prof. Dr. Albrecht Schachtschneider verfaßt, der dabei von dem österreichischen Rechtsexperten Prof. Pernthaler beraten wurde. Ziel ist, daß die in Österreich schon durch Parlament und Bundespräsident erfolgte Ratifizierung des EU-Vertrages außer Kraft gesetzt wird, da diese im

Widerspruch zu österreichischen Bundesverfassung stehe. Schon der tschechische Präsident Václav Klaus hat im Zusammenhang mit dem EU-Vertrag vor der Entwicklung zu einer "postdemokratischen" EU gewarnt, die zentralistisch von einer Beamtenoligarchie regiert wird. Der Text der Klage war bei Redaktions-schluß noch nicht veröffentlicht, soll aber nach Vorliegen auf der Internetseite der ARGE in Kurz- und Langfassung abrufbar sein:

[www.arge-ja.at/eu\\_reformvertrag\\_verfassungsklagen.html](http://www.arge-ja.at/eu_reformvertrag_verfassungsklagen.html)

6

## Kurzmeldungen

### IKEA Österreich steigt auf Ökostrom um

Als erstes Großunternehmen Österreichs wird IKEA ab Jänner 2009 Ökostrom für seinen gesamten Stromverbrauch in Österreich beziehen. Der Strom wird von der Firma oekostromAG geliefert und wird zu rund 80% aus Groß-Wasserkraft und zu 20% aus einem Mix aus Windenergie, Kleinwasserkraft, Strom aus Biomasse und Solarstrom bestehen. Mit dem Bezug von 40 Gigawatt bewirkt Ikea eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von 15.000 Tonnen, das entspricht der Menge, die 10.000 PKW auf einer Strecke von je 10.000 km verursachen. (Quelle: oekostromAG)

### CIBC: Ölpreis könnte 2012 auf 225 Dollar steigen

Nach einer Langzeit-Studie der kanadischen CIBC-Bank könnten die Ölpreise bis zum Jahr 2012 auf 225 Dollar für das Faß Rohöl steigen, da

der hohe Bedarf in den Schwellenländern den Rückgang in den westlichen Ländern wesentlich übersteigt.

Quelle: 27.04.08, Die Presse

### Die Heizung als Kraftwerk - Neuer Stirlingmotor "Sunmachine" heizt das Haus mit Pellets und erzeugt gleichzeitig Strom

Seit Jahren wird von mehreren Firmen intensiv an einer markttauglichen Lösung zur kombinierten Heizung und Stromerzeugung aus Biomasse gearbeitet. Nun ist das Gerät der Firma "Sunmachine" lieferbar. "Die Sunmachine" ist im Prinzip ein Pelletskessel, der beim Heizen einen Teil der Wärme in Strom umwandelt. Durch die Einspeisung von Ökostrom zum staatlich garantierten Einspeisetarif kann man laut Angaben der Firma zwischen 80 und 100 Prozent der Kosten für die Holzpellets wieder hereinbekommen. Allerdings ist die für die Anschaffung



des Hauskraftwerks eine beträchtliche Summe zu investieren.

Informationen: [www.sunmachine.at](http://www.sunmachine.at)

### Schadstoffausstoß durch Verkehr ist stark gestiegen

Das Transitland Österreich ist von Schadstoffbelastungen durch den Straßenverkehr besonders betroffen. Nach Berechnungen des VCÖ (Verkehrsclub Österreich) sind in Österreich die verkehrsbedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1990 und 2006 vier Mal so stark gestiegen (94%) wie im Rest der EU-15 (24%). Hauptverantwortlich für diese enorme Steigerung ist die starke Zunahme des Verkehrs und insbesondere des LKW-Verkehrs. In Deutschland haben die Emissionen durch den Strassenverkehr nur um ein Prozent und in der Schweiz um acht Prozent zugenommen. Zur Abhilfe empfiehlt der VCÖ einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, eine höhere LKW-Maut, um dessen externen Kosten abzudecken, und eine Förderung der Gleis-anbindung von großen Betrieben.

Immerhin gibt es auch eine gute Nachricht: In Wien ist eine Trendumkehr erfolgt, erstmals in der Geschichte ist die Zahl der PKW dort im Vorjahr zurückgegangen.

Quelle: VCÖ, 24.9.08

### Neuer europäischer Rekord beim Wirkungsgrad für Solarzellen : fast 40 %

39,7 % Wirkungsgrad bei einer Mehrfach-Solarzelle haben Forscher am Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE erreicht. Die Technik mit III-V Halbleitern ist derzeit noch zu aufwendig für eine Anwendung in Serienproduktion, zeigt aber eindrucksvoll, welches Entwicklungspotential in der solaren Stromerzeugung steckt. Der Wirkungsgrad der heute kommerziell erhältlichen Solarzellen liegt zwischen 10% und 18%.

Quelle: Fraunhofer ISE 2008

### Die Millionenstadt München soll in Zukunft ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden

Die Münchner Stadtwerke planen in den nächsten Jahren eine Milliarde Euro Investitionen in erneuerbare Energien. Schon in wenigen Jahren sollen alle Münchner Privathaushalte mit Ökostrom versorgt werden. Dieser Strom soll sowohl aus eigenen Anlagen stammen, als auch durch Beteiligungen an Offshore- und Onshore- Windanlagen gewonnen werden. Zahlreiche neue Solar-kraftwerke sollen auf den Dächern der Stadt installiert werden, unter maximaler Ausnutzung der Dachflächen könnte mit diesen mehr als die Hälfte des gesamten Münchner Stromverbrauchs produziert werden.

28.09.2008 Franz Alt + [www.swm.de](http://www.swm.de)

### Marktpreis für Strom übersteigt Einspeisetarife für Strom aus Windenergie

Das massive Steigen der Strompreise in den letzten Monaten hat die Windenergie konkurrenzfähig gemacht. Die Großhandelspreise an der Leipziger Börse stiegen wegen der Verteuerung der fossilen Rohstoffe in einem Quartal um 30% von 6,45 auf 8,495 Cent. Damit liegt der Marktpreis für Strom zum ersten Mal über den geltenden Österreichischen Einspeisetarifen von 7,8 Cent pro Kilowattstunde und Windenergie trägt zur Stabilisierung der Strompreise bei. Die Kosten für Strom aus Windenergie werden langfristig stabil bleiben, da der Rohstoff dafür ausreichend und gratis von der Natur geliefert wird. *Ökoenergie 72/ September 2008*

### USA: Meilenstein in der Gesetzgebung zur Förderung der erneuerbaren Energien

Auch in den USA gehen die Uhren jetzt anders. Am 03.10.2008 wurde von den Abgeordneten des US-

Repräsentantenhauses ein im Jahr 2005 geschaffenes Gesetz zur steuerlichen Förderung (30%) von privaten und kommerziellen Investitionen in Solarenergie verlängert, eine Förderobergrenze wurde abgeschafft.

Dieses Gesetz ist nun Teil des neuen "Renewable Energy and Job Creation Act of 2008" (H.R. 6049). Dieses stellt einen Meilenstein in der Geschichte der US-Gesetzgebung auf dem Weg in die Energieunabhängigkeit dar. Nach Angaben des US-Solarenergieverbandes SEIA stehen dadurch 800 Millionen Dollar für den Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung. 60.000 Amerikaner haben bereits Arbeitsplätze in der Solarindustrie gefunden, die Schaffung zahlreicher weiterer Jobs wird nun erwartet.

Mittlerweile wird die Windkraft in den USA bereits zügiger ausgebaut als in Deutschland, das derzeit noch über die weltweit größte installierte Windkraftleistung verfügt.

7

### Ausstellung "Die Atombombe und der Mensch"

Die Ausstellung "Die Atombombe und der Mensch" wurde vom japanischen Verband der Atombombenopfer "Nikon Hidankyo" erstellt. Sie will Zeugnis ablegen von Leid und Zerstörung, die die Atombombe über die Menschen gebracht hat, in Hiroshima und Nagasaki, aber auch an anderen Orten dieser Welt, wo Kernwaffen getestet werden.

Eröffnung mit Referaten und Lesung: Mittwoch, 12.11.2008 - 19.30 Uhr

Kirchliche Pädagogische Hochschule Graz Georgigasse 85, 8020 Graz

Ausstellungsdauer: 12. November - 18. Dezember 2008  
Öffnungszeiten: Montag-Freitag 8h bis 18h



## Veranstaltungen anlässlich der 30 Jahre Zwentendorf von Global2000

4. November 2008, 17:00,  
Zwentendorf:

Feierliche Übergabe der "Botschaft von Zwentendorf" als Flaschenpost an die Donau. Unsere anti-nukleare Botschaft soll auf dem Fluß in all jene Donauanrainer-Staaten transportiert werden, die immer noch die Hochrisiko - Technologie Atomkraft setzen

5. November 2008, 10:00,  
Wiener Umweltschutzwirtschaft,  
Muthgasse 62, 1190 Wien

### Ausstellungseröffnung: Der Uranabbau kehrt nach Europa zurück

Die Atomlobby versucht, die Atomkraft als saubere Energiequelle zu verkaufen. Die Ausstellung zeigt dagegen auf, wie gefährlich und umweltschädlich der Abbau des Brennstoffs Uran ist. Und der Uranabbau kehrt nach Europa zurück: Firmen aus Kanada, Australien und Russland versuchen sich Abbaurechte in Österreichs Nachbarstaaten wie Tschechien und Ungarn zu sichern.

5. November, 20h30:

GLOBAL 2000 Benefizkonzert in memoriam 30 Jahre Zwentendorf im FLUC am Praterstern 5, 1020 Wien mit Texta, MAUF, SheSays und DJ al haca, 7 Euro Eintritt

# 30 Jahre NEIN zu Zwentendorf: 30 Jahre klug voraus gedacht!

## KUNDGEBUNG

am 5. November 2008, 17h  
Wien 1, Stephansplatz

**Das NEIN zu Zwentendorf ist heute genauso wichtig wie damals, denn die Atomindustrie ...**

- beutet schon beim Uranabbau Land und Leute aus
- hat nach wie vor für Atommüll keine Lösung anzubieten
- geht über Leichen: erhöhte Krebsraten rund um AKWs werden in Kauf genommen
- toleriert bewusst die Gefahren weiterer schwerer Atomunfälle - jederzeit!
- kann sich nur durch hohe Förderungen über Wasser halten
- bietet mit AKWs keinen Ausweg aus der Klimakatastrophe
- zieht Profit sowohl aus der zivilen wie aus der militärischen Atomnutzung...

**daher**

- Zwentendorf endlich abwracken
- Seibersdorfer IAEA-Laboratorien schließen
- Raus aus EURATOM und der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA)
- Stopp für die grenznahen AKW rund um Österreich
  - Das NEIN zur Atomenergie muss bleiben - 80% der ÖsterreicherInnen sind gegen die Nutzung der Kernenergie.

ARGE Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie \* ARGE Umweltschutz Almtal, OÖ \* BIGA - Bürgerinitiativen gegen Atommüll (Waldviertel, Oberösterreich, Steiermark, Salzburg, Kärnten) \* GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg \* Initiative Umwelt, NÖ \* Naturschutzbund Österreich (mit Landesgliederungen) \* Permakultur Austria \* Univ.Doz. Dr. Peter Weihs \* Wiener Plattform Atomkraftfreie Zukunft

**VERLAGSPOSTAMT 1200 WIEN**

**P.b.b. Reg.-Nr. 02 Z032 727M Erscheinungsort Wien**

**Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an:  
1200 Wien, Pasettistr. 89/12**

### IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft JA zur Umwelt, NEIN zur Atomenergie, Pasettistr. 89/12, 1200 Wien

Tel.+Fax 01-332 6106 Internet: [www.arge-ja.at](http://www.arge-ja.at), [arge@arge-ja.at](mailto:arge@arge-ja.at)

Redaktion: Christiane Schmutterer, [arge@arge-ja.at](mailto:arge@arge-ja.at)

Obmann: Univ.-Prof. Dr. DI August Raggam

Bankverbindung: Raikabank Wien, BLZ 32000 Kto. Nr.02.820,678

Grafische Gestaltung: Christiane Schmutterer

Druck: W. Leukauf GmbH, 1220 Wien, Obachg. 10

Namentlich gekennzeichnete Beiträge oder solche, die deutlich als aus anderen Publikationen abgedruckt erkennbar sind, müssen nicht die Meinung der Redaktion darstellen und liegen nicht in ihrer Verantwortung.